

Kammern weiter für Elbbrücke

Neu Darchau. Die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg und die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade kritisieren die geplante Abkehr des Landes von einer Elbbrücke bei Neu Darchau, wie die Landesregierung künftig im Landesraumordnungsprogramm (LROP) vorsieht. „Unsere Unternehmen haben immer wieder die Bedeutung einer verlässlichen Verkehrsverbindung durch eine feste Elbquerung für ihren Geschäftserfolg betont. Die Brücke wäre ein überaus wichtiges Wirtschaftsförderungsprojekt für unsere Region“, heißt es. Die beiden Kammern haben sich deshalb nach eigenen Angaben bereits mit einem gemeinsamen Schreiben an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) und an die Landesministerinnen Wiebke Osigus (SPD) und Miriam Staudte (Grüne) sowie an Wirtschafts- und Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) gewandt. Aus Sicht der Kammern wäre der Bau der Brücke mehr als nur ein symbolischer „Brückenschlag“ zwischen Ost und West. Die Brücke wäre ein bislang nicht realisiertes Projekt der deutschen Wiedervereinigung. Sie würde die bis heute unter einem spürbaren Infrastrukturdefizit leidende Region Nordostniedersachsen unterstützen, argumentieren sie. „Mit der Realisierung der Brücke könnten Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit ausdehnen, neue Standorte auf der jeweils anderen Elbseite eröffnen und so einen Beitrag zum Zusammenwachsen von Märkten und Regionen leisten. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen würden durch den Brückenschlag profitieren. Die Brücke würde darüber hinaus Umwege und Emissionen reduzieren und die Erreichbarkeit der Region durch einen durchgehenden ÖPNV verbessern“, heißt es. Für die Betriebe sei die Elbe eine Barriere, die ohne die Brücke nur mit mehr Zeit- und Kostenaufwand zu überwinden ist. Aufträge hätten die Unternehmen jedoch schon lange auf beiden Elbseiten. Die Kammern fordern die Landesregierung auf, diese Aspekte zu berücksichtigen und die Streichung der geplanten Brücke nicht weiter zu verfolgen. *ejz*